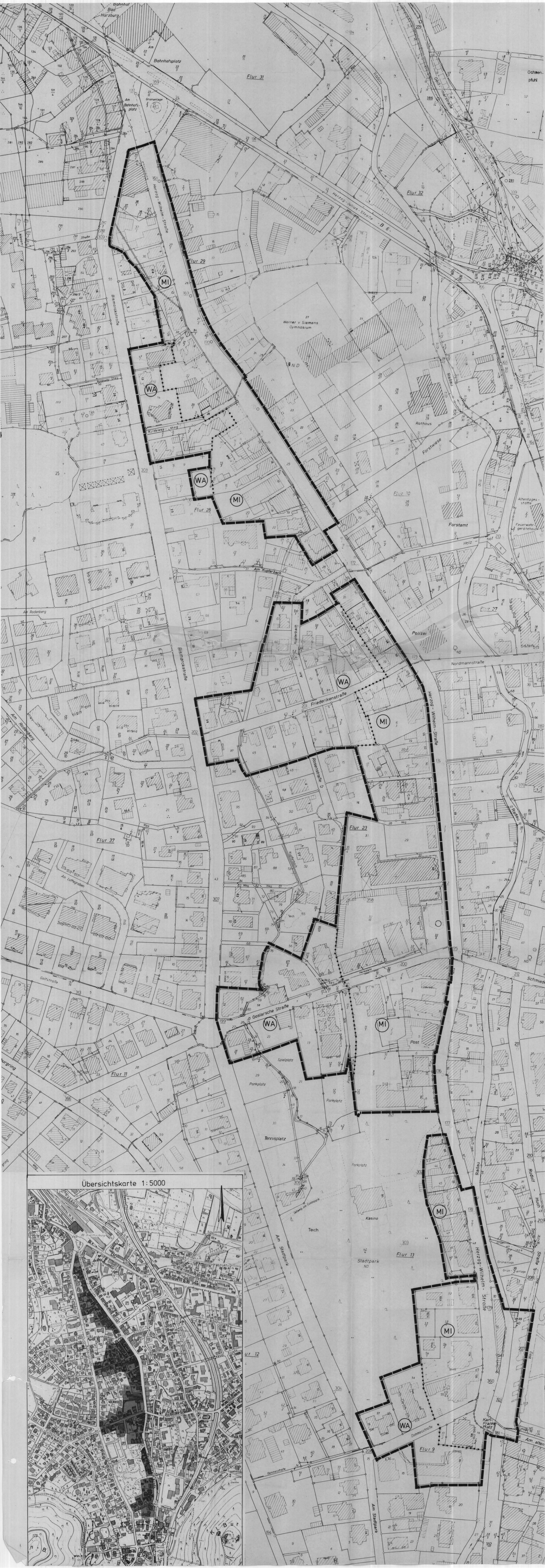




PLANZEICHENERKLÄRUNG

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

- (WA) Allgemeine Wohngebiete § 4 BauNVO
- (MI) Mischgebiete § 6 BauNVO

SONSTIGE PLANZEICHEN

- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung Nr. 15.13. Planzeichen-Verordnung
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes § 9 Abs. 7 BauGB

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- In Mischgebieten sind die nach § 6 Abs. 2 Nr. 6 und 7 BauNVO vorgesehene Nutzungen (Gartenbaubetriebe/Tankstellen) nicht zulässig (gemäß § 1 Abs. 5 und 6 BauNVO). Die nach § 6 Abs. 2 Nr. 4 vorgesehenen sonstigen Gewerbetriebe sind gemäß § 1 Abs. 5 und 9 nur zulässig, wenn sie das Wohnen nicht stören.
- Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind Spielhallen gemäß § 1 Abs. 9 BauNVO nicht zulässig.

Präambel

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. d. Bekanntmachung vom 8.12.1986 (BGBl. I S. 2253) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 22.6.1982 (Nds. GVBl. S. 229), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.11.1987 (Nds. GVBl. S. 214), hat der Rat der Stadt Bad Harzburg diesen Bebauungsplan Nr. 4.5., bestehend aus der Planzeichnung und den nachstehenden nebeneinanderstehenden textlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen.

Bad Harzburg, den 27.11.1990

S. Homann Voigt
Bürgermeister Stadtdirektor

Verfahrensvermerke

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 10.07.1990 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 4.5. beschlossen.
Der Aufstellungsgeschehnis ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 25.08.1990 öffentlich bekanntgemacht.

Bad Harzburg, den 27.08.1990

S. Voigt
Stadtdirektor

Erlaubnisvermerk: Vervielfältigungserlaubnis nur für eigene, nichtgewerbliche Zwecke gestattet; (§ 13 Abs. 4, § 19 Abs. 4 des Nieders. VertriebsG. vom 2.7.85 - GVBl. S. 187) dazu gehören auch Zwecke der Bauleitung.

Planunterlage: Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach. (Stand vom 1.1.1990)
Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches geometrisch einwandfrei.
Die neu zu bildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Örtlichkeit übertragen.

Goßlar, den 13.12.1990

S. Katasteramt
Im Auftrag
Portendörfer
Vermessungsamt/Vermessungsamt

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet von der Stadt Bad Harzburg, Bauamt.

Bad Harzburg, den 10.01.1990

S. Voigt
Stadtdirektor

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 10.07.1990 dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 25.08.1990 öffentlich bekanntgemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 03.09.1990 bis 02.10.1990 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Bad Harzburg, den 04.10.1990

S. Voigt
Stadtdirektor

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 10.07.1990 dem geänderten Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die eingeschränkte Beteiligung gemäß § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB beschlossen.
Den Beteiligten im Sinne von § 13 Abs. 1 Satz 2 BauGB wurde vom 03.09.1990 bis 02.10.1990 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Bad Harzburg, den

Stadtdirektor

Der Rat der Stadt hat den Bebauungsplan nach Prüfung der vorgebrachten Bedenken und Anregungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 27.11.1990 als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Bad Harzburg, den 28.11.1990

S. Voigt
Stadtdirektor

Der Bebauungsplan ist der Bezirksregierung Braunschweig am 14.03.1991 gem. § 11 BauGB angezeigt worden.
Die Bezirksregierung Braunschweig hat bis zum 14.03.1991 die Verletzung von Rechtsvorschriften nicht geltend gemacht (§ 11 Abs. 3 Satz 2 BauGB).
Die Bezirksregierung Braunschweig hat am 23.04.1991 (Az.: 199.21192-93002.91-37) erklärt, dass sie keine Auflegungsmaßnahmen - keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend macht (§ 11 Abs. 3 Satz 2 BauGB).

Braunschweig, den 23.04.1991

S. I. A. Kurz
Bezirksregierung Braunschweig

Der Rat der Stadt hat den am (Az.:) genannten Auflagen/Maßnahmen in seiner Sitzung am beigetreten.
Der Bebauungsplan hat zuvor wegen der Auflagen/Maßnahmen vom bis öffentlich ausgelegt.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am öffentlich bekanntgemacht.
Wegen der Auflagen/Maßnahmen hat die Stadt zuvor eine eingeschränkte Beteiligung gemäß § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB durchgeführt. Den Beteiligten vom bis zum Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Bad Harzburg, den

Stadtdirektor

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens (§ 11 Abs. 3 BauGB) ist gem. § 12 BauGB am 08.05.1991 im Amtsblatt für den Landkreis Goßlar bekanntgemacht worden.

Der Bebauungsplan ist damit am 08.05.1991 in Kraft getreten.

Bad Harzburg, den 22.05.1991

S. Voigt
Stadtdirektor

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften gem. § 214 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Bad Harzburg, den 22.05.1992

S. Voigt
Stadtdirektor

Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Mängel in der Abwägung nicht geltend gemacht worden.

Bad Harzburg, den

Stadtdirektor



Ein Teil der Gelände-
Bereiche wurde
aufgehoben durch
B-Plan Nr. 50
"Am Stadtpark"

STADT BAD HARZBURG
BEBAUUNGSPLAN

“Westliche
Herzog-Wilhelm-Straße“

Maßstab 1:1000